

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 6.

Charlottenburg, Freitag, den 11. Februar 1921.

Jahrg. 48.

11te Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Sitzungen fanden am 19. und 20. Januar statt. Zu Beginn ehrte der stellvertretende Vorsitzende, Genosse Grafmann, das Andenken des ersten Vorsitzenden, Genossen Legien. Als dessen Nachfolger wurde Genosse Theodor Velpart, der frühere Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, gegen 4 Stimmen gewählt. Von den in der vorigen Tagung unerledigt gebliebenen Verhandlungsgegenständen beschäftigte den Ausschuss zunächst die von einigen Seiten betriebene und von den französischen Behörden sichtlich begünstigte Einführung der Frankenschulung im Saargebiet. Es kam dabei zum Ausdruck, daß diese dortigen Arbeitern höchstens zeitweilig etwas Vorteil bieten, aber jedoch leicht zu ihrem Schaden ausschlagen könne. Die Sache wurde den dortigen Gewerkschaften zur Regelung überlassen.

Von der vorigen Tagung lag ebenfalls noch eine Vorlage vor, zu der die Verbandsvorstände inzwischen Stellung genommen hatten. Die Aussprache zeigte aufs neue, daß in den einzelnen Verufen die Verhältnisse so verschieden sind, daß eine einheitliche Stellungnahme nicht möglich ist und die Regelung notwendig den Verbänden selber überlassen werden muß.

Den vierten Punkt der Tagesordnung: „Bericht der Sozialisierungskommission“, leitete Genosse Umbreit mit längeren Ausführungen ein. Es handelt sich darum, in der Sozialisierung des Kohlenbergbaues endlich zu einem einheitlichen Aktionsprogramm zu kommen. Die Aussprache ergab die volle Einmütigkeit des Ausschusses in dieser Frage. Die von der Kommission vorgelegten 20 Leitätze wurden mit geringfügigen Änderungen einmütig angenommen, ebenfalls einstimmig und unverändert angenommen wurde folgende Entschliebung und Erklärung:

„Entschliebung.

Die im Ausschuss des A. D. G.-B. vertretenen Vorstände der deutschen Gewerkschaften fordern von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Mit Befremden müssen die Gewerkschaftsvorstände feststellen, daß die Reichsregierung die den Gewerkschaften am 20. März 1920 gegebene Zusage der sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige ebensowenig erfüllt hat, wie das den Bergarbeitern anlässlich der Durchführung des Spalommens gemachte Versprechen, den Kohlenbergbau gemeinschaftlich zu organisieren. Auch die Regierungserklärungen vom 5. August, vom 22. September und vom 8. Oktober 1920 sind bisher uneingelöst geblieben. Anstatt den gesetzgebenden Körperschaften einen Gesetzentwurf zur beschleunigten Erledigung zu unterbreiten, verjäumt die Reichsregierung die Zeit damit, den vorläufigen Reichswirtschaftsrat mit der Begutachtung von Gutachten der Sozialisierungskommission zu beschäftigen, um die wirkliche Sozialisierung zu verschleppen oder gänzlich zu verhindern. Die Gewerkschaftsvorstände erklären, daß kein irgendwie artetes Gutachten des vorläufigen Reichswirtschaftsrats die Reichsregierung von der Erfüllung ihrer gegenüber der Arbeiterchaft eingegangenen Verpflichtungen entbinden kann.

Die Gewerkschaften können eine Sozialisierung der Kohlenwirtschaft nur von einem Gesetz erwarten, das folgenden Bedingungen entspricht:

- I. Alle Erdschätze gehören der Nation.
- II. Die Ausbeutung der Kohlenvorkommen wird den bisherigen Besitzern gänzlich entzogen und gemeinwirtschaftlich organisiert.

III. Das gesamte Eigentum an Bergwerken und zugehörigen Anlagen wird gegen Entschädigung der Besitzer auf einen Gemeinwirtschaftskörper übertragen.

IV. Die Kohlenbewirtschaftung soll einheitlich für das ganze Reich geregelt werden, ohne den Bezirken die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit zu verkleinern. Die Betriebe sind zu wirtschaftlich vorteilhaften Betriebseinheiten zusammenzufassen.

V. Die Lohn- und Gehaltsregelung soll auf Grund von Reichstatarifverträgen mit den Gewerkschaften vereinbart werden.

VI. Den Arbeiter- und Angestelltenvertretungen ist ein Mitbestimmungsrecht in den Betrieben sowie in der Wirtschaftsführung zu sichern.

VII. Die Preisregelung soll nach gesunden volkswirtschaftlichen Grundätzen unter Berücksichtigung der Verbraucherinteressen erfolgen, so daß eine allmähliche Ablösung der aus der Enteignung herrührenden Schuldverpflichtung, sowie Rücklagen für den notwendigen Ausbau der Kohलगewinnung sichergestellt werden.

Abzulehnen ist jede Lösung, die das Eigentumsrecht an den Kohlenbergwerken privatrechtlich erweitert oder zersplittert, anstatt es gemeinwirtschaftlich zusammenzufassen, oder die die Kohलगewinnung privatwirtschaftlicher Ausbeutung weiterhin überläßt.

Der Ausschuss des A. D. G.-B. hat unter diesen Gesichtspunkten seine Leitätze für die Sozialisierung des Kohlenbergbaues zusammengestellt und fordert alle Arbeiter und Angestellten auf, für dieses Programm in möglichster Geschlossenheit einzutreten.

Die deutschen Gewerkschaften sind entschlossen, die Durchführung dieser Forderungen in der nachhaltigsten Weise zu unterstützen. Sie erwarten indes, daß die Reichsregierung es nicht zu solchen folgenschweren Konflikten kommen läßt, sondern eingedenk ihrer Verheißungen und des einmütigen Willens weitester Volkskreise die Sozialisierung des Kohlenbergbaues zur raschen Tat werden läßt.“

„Erklärung.

Der Reichswirtschaftsminister hat im Reichstag wiederholt den Gedanken erörtert, die Sozialisierungskommission aufzulösen und ihre Funktionen auf den Reichswirtschaftsrat zu übertragen.

Der Ausschuss des A. D. G.-B. erachtet es gegenüber solchen Plänen für notwendig, daran zu erinnern, daß die Wiedererrichtung der Sozialisierungskommission erfolgt ist auf Grund der Vereinbarung vom 20. März 1920 zwischen der Reichsregierung und den Gewerkschaftsverbänden, zum Zweck der sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige. Die Kommission hat die Aufgaben der wissenschaftlichen Prüfung der Möglichkeiten, Wege und Ziele der Sozialisierung. Der Reichswirtschaftsrat kann diese Aufgaben infolge seiner Zusammenfassung nicht lösen, wie seine Behandlung der Frage der Kohलगewinnung zeigt. Die Sozialisierungskommission hat ihre Arbeiten auch bei weitem noch nicht erledigt, da sie Untersuchungen über den Kalibergbau, über das Bau- und Wohnungswesen, über die Eisenwirtschaft und über die Energiewirtschaft teils in Angriff genommen, teils vorbereitet hat. Die Reichsregierung selber hat ihr obendrein die Prüfung der Frage des Verkehrswesens übertragen. Unter diesen Umständen wäre die Auflösung der Sozialisierungskommission einer Sabotierung des in der Verfassung festgelegten Gedankens der Sozialisierung gleichzuachten.

Die Gewerkschaften legen gegen derlei Absichten des Reichswirtschaftsministeriums die entschiedenste Verwahrung ein und erklären, daß sie gewillt sind, eine solche Verletzung des Abkommens vom 20. März 1920 mit aller Entschiedenheit abzuwehren.“

Da für die Ausgestaltung des Gewerkschaftswesens auch eine genaue Einsicht darin notwendig ist, wie stark die einzelnen Berufe in Deutschland vertreten sind, und welche Änderungen sich auf diesem Gebiete im Laufe der Zeit vollzogen haben, ist es natürlich, daß der Bundesausschuß sich mit der künftigen Berufszählung beschäftigte. Im Auftrage der Statistikkommission berichtete darüber Genosse Streine (Maler). Seine Ausführungen wurden ergänzt durch Herrn Regierungsrat Dr. Meertwarth vom Preussischen Statistischen Landesamt. Im Anschluß betonte man allgemein die Notwendigkeit einer Berufszählung und stellte sich ferner auf den Standpunkt, daß sie, um die gewaltigen Kosten möglichst einzuschränken, mit der nächsten Volkszählung verbunden werden könne. In betreff der Streikstatistik hatte der Ausschuß nichts dagegen einzuwenden, daß die Behörden auch künftig eine solche vornehmen; man hielt indes daran fest, daß diese auch von den Gewerkschaften weitergeführt werden soll. Ferner wurde die Kommission ermächtigt, für die Fragestellung bei der amtlichen Streikstatistik Vorschläge zu machen.

Mit der Preussischen Unterrichtsverwaltung wurde ein vertragliches Abkommen getroffen, daß den Gewerkschaften gegen vorteilhafte Bedingungen eine gewisse Anzahl von Plätzen an der in Frankfurt a. M. begründeten Akademie der Arbeit zur hochschulmäßigen Ausbildung befähigter jüngerer Gewerkschaftsvertreter sichert. Der Unterricht soll am 1. April d. J. beginnen. Zugelassen sind Hörer beiderlei Geschlechts. Vorbedingung ist die notwendige Reife des Geistes und des Charakters und der Nachweis einer bestimmten Berufsbildung und längeren Berufstätigkeit. Der Unterricht verteilt sich auf 2 Semester zu je 4 Monaten, dazwischen 4 Wochen Ferien. Die Gewerkschaften zahlen die Unterhaltskosten der von ihnen ausgewählten Teilnehmer und für jeden derselben am Beginn jedes Semesters eine Hörgeldgebühr von 300 Mk. Als Unterrichtsfächer sind vorgesehen: Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, Rechts- und Staatslehre, Naturwissenschaft, sowie die Grundlagen einer philosophischen Bildung. Als Vortragende sind erste Frankfurter Kräfte in Aussicht genommen.

Die Stellungnahme des Ausschusses zu dem bekannten „Offenen Brief“ der Vereinigten Kommunistischen Partei ergab wiederum vollkommene Einmütigkeit. Der Beschluß des Bundesvorstandes, in Anbetracht des Verhaltens der Kommunisten bei früheren gemeinschaftlichen Aktionen auf diesen „Offenen Brief“ überhaupt keine Antwort zu erteilen, wurde gebilligt. Im übrigen wurde von neuem betont, daß Aufklärung der Mitglieder und praktische Arbeit zur Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage die besten Mittel seien, die Einigkeit in der Gewerkschaften hochzuhalten.

Ein Brief vom Internationalen Gewerkschaftsbund, der zur Aktion dafür auffordert, daß die zum Tode verurteilten Mitglieder der früheren ungarischen Räteregierung nicht hingerichtet werden, fand im Ausschusse schnelle Erledigung, da die deutschen Gewerkschaften schon in diesem Sinne tätig sind.

Ferner beschloß der Ausschuß noch, daß der Bundesvorstand Mittel bereitstellen soll zur Unterstützung ostdeutscher Flüchtlinge.

Unser Lohnabkommen.

Der Kollege Kiffer (Breslau) schreibt zu demselben Thema:

Was mich bewegt, hier das Wort zu nehmen, ist die neuzeitliche Tarifpolitik in unserem Verbands, besonders das letzte Lohnabkommen. Es gibt wohl keinen Kollegen und keine Kollegin, die nicht den Wunsch in sich fühlte, eine Wendung zum Besseren zu sehen, und das ist verständlich. Die Versammlungsberichte der letzten Monate und Wochen gaben uns zu erkennen, daß auch innerhalb unserer Mitgliederkreise im Reiche eine große Unzufriedenheit zu verzeichnen ist. Es muß angenommen werden, daß durch das letzte Lohnabkommen dieser Unwille noch gesteigert wird. Wie ist es möglich, so fragt man sich, daß man ein großes Heer von Arbeitern und Arbeiterinnen, die das Glück oder Unglück haben, noch nicht verheiratet zu sein, von der Teuerungszulage ausschloß. Die Unternehmerklasse ist ja mit dieserblühenden nicht schwer zu ergründen. Einmal will man der Organisation einen Jagdhieb verfehlen, zwei... man unternehmerseits eifrig bemüht, den Bevölkerungsgewinn unter der Arbeiterschaft wachzurufen. Ob sie damit Erfolg haben muß bezweifelt werden. Eine soziale Gabe nennt sich die letzte Zulage, und diese Benennung ist für die Unternehmer so recht kennzeichnend. Der wirtschaftliche Sozialempfänger, ob Unternehmer oder Arbeiter, wird diese Gabe als etwas ganz anderes zu bezeichnen wissen. So weichherzig, wie sie gegeben, so hart wird sie von uns Arbeitern empfunden. Diese soziale Gabe ist doch zu plump, um nicht erkannt zu werden. Aber auch unsere in Alford arbeitenden Kollegen und Kolleginnen, die vielfach mit einer wahren Raffsucht behaftet sind, sind Schuldträger an dieser

Sachsen und Schlessen, Kollege Ortesbach, in seiner Berichtserstattung von den letzten Tarifverhandlungen in der Breslauer Zahlstellenversammlung am 15. Januar 1921 klipp und klar zum Ausdruck gebracht. Was soll man dazu sagen, wenn jetzt schon die Unternehmer uns vorrechnen, wieviel hundert Mark wöchentlich die Arbeiter verdienen, sprich: erraffen? Es soll durchaus nicht bestritten werden, daß dem Alfordarbeiter ein höherer Lohn zusteht. Wenn aber die gezogenen Grenzen so mißachtet werden, so ist dieses Verhalten der Allgemeinheit gegenüber auf das schärfste zu verurteilen. Auch im Breslauer Steingutwert gibt es Kollegen und Kolleginnen, die der Raffsucht anheimfallen. Ein Fall sei besonders erwähnt, in dem man sich noch brüstet, so und soviel tausend Mark auf der Sparkasse zu haben. Wieviel Arbeiter, ob ledig oder nicht ledig, müssen mit einem weit geringeren Lohn haushalten, und deshalb ist es mir unverständlich, daß man für diese armen Teufel auch nicht einen Pfennig herausholen konnte. Der Ledige leidet doch auch unter der Teuerung, wenn auch nicht in dem Maße wie der Verheiratete. Wer noch das Glück hat, im Elternhaus zu sein, muß auch das Kostgeld periodisch erhöhen, weil es von der Mutter gefordert wird. Es bleibt zur Beschaffung von Kleidern usw. wenig übrig. Die in Logis wohnenden Kollegen werden von ihren Kostgebern in der unverschämtesten Weise gerupft. Die letzte Lohnbewegung aber zeigt uns, wieviel Aufklärungsarbeit noch zu leisten ist. Schreiber dieses wird hierin das möglichste tun. In welchem Sinne dies geschieht, das kann weder Genf noch Moskau bestimmen, denn in der Gewerkschaft können nur wirtschaftliche und materielle Interessen in Frage kommen. Politische Angelegenheiten sind Parteisache. Alle die Kollegen, die in Alford arbeiten, besonders die Klotz- und Plattenkünstler, mögen sich einmal besinnen, wie sie durch ihr Verhalten die Allgemeinheit in der größten Weise schädigen. Wenn die Unternehmer die „Ameise“ studieren, und man braucht sie ihnen nicht in die Hände zu spielen, so werden sie sich ihr Urteil zurechtlegen für spätere Zeit. Und deshalb richte ich zum Schluß an alle Kollegen, die für Tarifverhandlungen in Frage kommen, den dringendsten Appell, das Versäumte gründlich nachzuholen. Es reißt sonst ein Loch nach dem anderen in unsere Reihen, und es könnte einmal der Ruf laut werden: „Los von Charlottenburg!“ Dies zu verhindern, ist Aufgabe bei allen zukünftigen Verhandlungen.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Unter dem Druck der Wiedergutmachung. — Hilfsbereitschaft am Wiederaufbau Nordfrankreichs. — Rückgang der Kohlenpreise auf dem Weltmarkt. — Konzentration in der Zündholzfabrikation. — Einkaufszentralen der Warenhäuser.

Die deutsche Regierung ist in einer nicht angenehmen Lage, wenn sie in den Verhandlungen in Paris und Brüssel die übermäßigen Forderungen Frankreichs für die Wiedergutmachung herabdücken soll. Soviel ersichtlich, ist eine objektive Würdigung des Standes unserer Wirtschaft in der politischen Atmosphäre, in der sich die französische Regierung bewegt, nicht zu erwarten. Das neue Ministerium ändert nichts am bisherigen Kurs. Mit Mühe und Not hat man einige verständig und wohl klingende Worte über die künftigen Beziehungen zu Deutschland aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Briand herausgefunden, um am nächsten Tage von der gleichen Stelle schon wieder mit der üblichen Redensarten, die der Stimmung eines leidenschaftlich gesteigerten Rechtsbewußtseins entspricht, zu erfahren, daß alle Hoffnung auf eine verständige Beurteilung dessen, was zur Gesundung der europäischen Wirtschaft notwendig ist, in nebelhaften Fernen zerrinnt.

Wenn man die Absicht hat, Deutschland für die nächsten fünf Jahre eine Entschädigung aufzuerlegen, die mit 3 Milliarden Goldmark pro Jahr zu bemessen ist, so würde eine solche Leistung auch wenn sie zu einem erheblichen Teil in Waren bestehen sollte ganz unerträglich werden. Diese 3 Milliarden entsprechen unserem gesamten Reichsetat vor dem Kriege, und nach Papiermark umgerechnet, dann man jetzt rund den zehnfachen Betrag als Belastung für uns in Anrechnung bringen. Will uns die Entschädigung diese Leistung zumuten, kommt sie dazu — nach dem bisherigen Verhalten ist es nicht ausgeschlossen — die Anforderung zu diktiert, dann wird sie sehr bald erfahren müssen, daß sie einer leistungsunfähigen Schuldner antrifft. Die Drohung, daß man dann die Einnahmen aus den Zöllen beschlagnahmen würde und die Befreiung des Ruhrgebiets als Pressionsmittel in Anwendung komme, führt nicht zum Ziel, denn damit wäre der wirtschaftliche Zusammenbruch unvermeidlich, und politisch müßte die Rückwirkung zu einem wilden Chaos führen. Wie war der Zusammenhang des Wirtschaftsgetriebes im internationalen Verkehr und wie wesentlich zum Weltmarkt gebracht wie gegenwärtig. Die

se mit ihrer Begleitscheinung der Arbeitslosigkeit, der Ab-
stodung, des Ueberflusses an Rohstoffen demonstriert uns den
sammenhang im Warenverkehr der Industrie- und Handels-
aten. In diesem Weltverkehr fehlt die Aufnahmefähigkeit des
opäischen Marktes, der, je weiter wir nach dem Osten kommen,
e zunehmendere Verödung aufweist. Dieser Zustand war noch
gänglich, solange unmittelbar nach dem Kriege eine große Be-
sbedeckung der wirtschaftlich intakten Staaten zu erfüllen war
o auch Deutschland, Polen, Oesterreich, Ungarn, Slavonien
ihrem starken Einfuhrbegehre auftraten, aber wir haben damit
ht die Nachwirkungen des Krieges überwunden. Der große
ische Markt ist bisher überhaupt nicht eingeschaltet, die Balkan-
aten vegetieren mühsam und in Kleinafien schlägt das Kriegs-
ben wie in Rußland jeden Ansatze zur gesunden Entwicke-
y tot.

Wird Deutschland, das relativ noch am besten von den Not-
enden dasteht, durch die Einsichtslosigkeit der englischen und
zösischen Politiker in seinem Wiederaufbau behindert, seine
irtschaftspolitische Festigung überschätzt, wie wir es leider in
e Presse und in den Parlamenten in Paris und London wahr-
ennen, so wird als Folge der deutschen Schwächung vor allem
Rückwirkung auch auf die übrigen hier genannten Staaten un-
bleiblich sein. Deutschland ist der große Vermittler, der viel
Belebung der Lage im internationalen Güteraustausch bei-
gen kann, aber auch selbst im Verkehr mit diesen Staaten neue
äfte gewinnt. An der Wiedererschließung dieses Marktes in
tel- und Osteuropa sind weiter vor allem Amerika, England
Ausfuhrländer für Rohstoffe und auch für Industrieerzeugnisse
interessiert. Das Fehlen dieses Absatzgebietes hat die gegen-
tliche Wirtschaftskrise verschärft, wenn nicht hervorgerufen.
terbindet man in verblendetem, politischem Hochmut den Ge-
dungsprozeß, der sich anbahnte, durch unerträgliche Forderun-
an Deutschland, greift man gar zu Maßnahmen, die seine
irtschaftliche Lebensfähigkeit in Frage stellen, so wird der Rück-
g nicht nur uns ins Verderben stürzen, sondern auch unseren
gnern sehr deutlich das Unsinnige ihres Verhaltens fühlbar
den lassen. Ob wir diesen Torheiten noch entgehen, ist schwer
sagen.

Bei den Verhandlungen in Paris ist anscheinend von dem
tschen Vertreter auch wieder betont worden, daß wir bereit
n, tatkräftig am Wiederaufbau in Frankreich teilzunehmen.
s käme natürlich auch auf eine sehr harte Belastung der deut-
n Volkswirtschaft hinaus; aber sie wäre erträglich, und es
f hinzugefügt werden, daß wir bereits früher eifrig bemüht
en, diese Hilfeleistung praktisch zu gestalten. Wir scheiterten
dem kapitalistischen Interessentenstandpunkt der französischen
ernehmer, die weder deutsche Arbeiter, noch deutsche Unter-
mer in Nordfrankreich dulden wollten. So hat der Wieder-
bau nur mäßige Fortschritte gemacht und blieb im kapitalisti-
n Begehren stecken. Der Vertreter der französischen Gewerk-
ften, Souhaur, hat in anerkennenswerter Offenheit dieses Ver-
en der französischen Regierung einer scharfen, durchaus berech-
en Kritik unterworfen und damit zugleich die hohe Wert-
gung der Bedeutung des Wiederaufbaues zu erkennen gegeben.
Inzwischen verschärft sich leider die Weltkrise, in England
st die Arbeitslosigkeit sogar auf den Bergbau über. Wir wer-
bald damit zu rechnen haben, daß englische und amerikanische
len in größeren Mengen die Versorgung der günstig gelegenen
tschen Hafenstädte übernehmen. Die Preislenkung der aus-
tschen Kohle bringt uns dem näher, und bessert sich die
tsche Markt weiter, so vermindert sich die Preisdifferenz zwischen
ndischer und ausländischer Kohle immer mehr. Die Kohlen-
ten von Nordamerika nach Rotterdam standen zu Beginn des
gen Jahres auf 22 Dollar die Tonne, sie sind gegenwärtig
4,25 Dollar gesunken. Ähnlich steht es mit den englischen
kten, denn der Mangel an Schiffsraum ist längst behoben,
haben bereits einen Ueberfluß, der dazu beiträgt, daß die
hört hohen Tarife stark im Sinken sind. Daneben steht die
mangelhafte Leistung des deutschen Steinkohlenbergbaues, der
Bedarf der deutschen Industrie nicht befriedigt und unter dem
d der Kohlenlieferung für die Entente die Einfuhr von Kohle
ünstigt. Vom Standpunkt der Gestaltung unserer Handels-
nz eine Entwicklung unerfreulicher Art, denn wir müssen aus
rer eigenen Förderung den Bedarf zu decken streben.

Die Sozialisierung der Kohlenbergwerke gewinnt unter
en Umständen eine immer größere Aktualität, denn es ergibt
daß die gegenwärtige Betriebsform nicht zu der gewünschten
öhung der Produktion führt. Gerade von diesem Gesicht-
kt muß an die Lösung des Problems herangegangen werden.
Rundgebung des Bergarbeiterverbandes, der Angestellten-
ände und des Gewerkschaftsbundes zur Sozialisierung der
merksunternehmungen geht von der richtigen Erkenntnis aus,

daß alle Halbheiten abzulehnen sind und die Lösung auf dem
Boden der Vollsozialisierung gefunden werden muß. Zu den
Halbheiten gehört auch der Vorschlag der Unterkommission, die
der Reichswirtschaftsrat eingeseht hatte; sie verlangt nach dem
Vorschlag des Herrn Krämer, daß den Bergherren die Ausbeute
der Kohlenvorkommen als Löhne gegeben werde. Damit ändern
wir an der kapitalistischen Produktionsweise nichts; der Staat be-
kommt eine Rente aus diesen Löhnen, an dem Wirtschaftsaufbau
ist keine grundlegende Neugestaltung vollzogen.

Die Frage der Sozialisierung der Bergwerke gewinnt auch
in anderen Ländern zunehmend an Bedeutung. In England
wird sie durch die Arbeitslosigkeit wieder in den Vordergrund
gerückt, nachdem das Gutachten der seinerzeit eingesehten Kom-
mission etwas beiseite gerückt war. Der belgische Minister Vanlers
hat vor kurzem mitgeteilt, daß er die Absicht habe, eine erhebliche
Aenderung in der Verwaltung des Bergbaubetriebes vorzu-
nehmen. Wie weit er damit der Sozialisierung Konzessionen
macht, wird die Gesetzesvorlage ergeben.

* * *

Die Konzentration in der Industrie macht weitere Fort-
schritte. In der Zündholzfabrikation wird von der Aktiengesell-
schaft Stahl & Mülle in Kassel eine Zusammenziehung mehrerer
Betriebe zur Durchführung gebracht. Die Gesellschaft besaß bis-
her Betriebe in Kassel, Mainz, Alauz i. W. und Schwenningen.
Neu hinzugekommen sind Fabriken in Alen, Coswig und Schmie-
deberg. Damit entwickelt sich das Unternehmen zu dem bedeu-
tendsten in der Zündholzfabrikation. Da in dem Gesetz über die
Zündholzsteuer die Einführung des Monopols festgelegt ist, so
wäre es von Interesse, zu wissen, ob die Regierung gewillt ist, zu
dem dort festgelegten Zeitpunkt diese Anforderung zur Durch-
führung zu bringen.

Die mitteldeutschen Warenhäuser haben sich zu einer Ein-
kaufsgemeinschaft vereinigt. Es vollzieht sich unter diesen Groß-
unternehmungen noch eine weitere Festigung ihrer wirtschaftlichen
Macht; das Beispiel der Industrie hat wohl hier anregend gewirkt.

Aus unserem Berufe.

Situationsbericht aus Oberfranken-Oberpfalz.

In Selb bei der Firma Krautheim & Adelberg sind die Ar-
beiter ausgesperrt worden. Bei dieser Firma haben soziale Ein-
richtungen, Betriebsratsfragen, Mitbestimmung bei Preisfragen
und die Anerkennung der Arbeiter als gleichberechtigte Menschen
noch keine Beachtung gefunden. — Die Firma A.-G. Moschendorf,
trotzdem sie dem Arbeitgeberverbande angehört, hat es nie eilig
mit der Erfüllung des Tarifses. Bis heut haben die Arbeiter noch
nicht die soziale Zulage erhalten.

In Oberlochau glaubt die Firma Barth & Voigt ebenfalls
nicht verpflichtet zu sein, den Tarifvertrag zu erfüllen, und muß
hier der Schlichtungsausschuß etwas nachhelfen.

In Helmbrechts besteht ein neuer Porzellanbetrieb, der nur
auf Grund der niedrigen Löhne seine Existenz fristen möchte. Vor
dem Schlichtungsausschuß geladen, stellte Herr Friedrich die Be-
hauptung auf, daß seine Leute zur Erlernung des Stanzens wenig-
stens 3 Monate brauchten und er in dieser Zeit keinen Tariflohn
zu zahlen braucht.

Die A.-G. Schönwald, Abteilung Arzberg, gibt Veranlassung
zu Beschwerden über Nichterfüllung des Tarifvertrages. Wundern
sollte es uns nicht, wenn hier einmal die Geduld der Arbeiter zum
Reißen kommt und größere Störungen des Wirtschaftslebens her-
vorrufen.

Auch bei der sonst lokalen Firma Schumann, Arzberg, scheint
jetzt ein anderer Geist einzuziehen.

In Marktredwitz, bei beiden Firmen, scheint man den Be-
triebsräten allgemein das Leben sauer zu machen.

In Lettau ist es die neue Porzellanfabrik, die trotz verein-
bartem Arbeitsnachweis nach wie vor willkürlich ihre Einstellun-
gen vornimmt. Hier wird geradezu provozierend vom Herrn Di-
rektor Büttner vorgegangen, und ist die Atmosphäre schwer mit
Konfliktsstoff geladen.

In der Oberpfalz ist es die Firma Wolfram, Wiesau, welche
ohne Zwang durch den Schlichtungsausschuß nie zur Vertrags-
erfüllung kommt. Nach den Klagen der Firma muß sie ein Nie-
senvermögen besitzen, um nur Gelder zum Draufzahlen zur Ver-
fügung zu haben. Doch liegt es viel an der Arbeiterschaft in
diesem Betriebe: Wenn Herr Wolfram eine Einladung vom
Schlichtungsausschuß erhält, so läßt er die Leute zusammenkom-
men und fragt sie: ob sie mehr Lohn wünschen? Selbstverständlich
erhält er ein „Nein“ von den Versammelten, oder ein Teil drückt
sich um jede Erklärung, indem sie verschwinden aus dieser Ver-

triebsrat nur allein der Störenfried oder sogenannter Geher sein kann. Etwas mehr Courage müssen wir schon von der Arbeiterschaft erwarten, daß sie auch gegenüber dem Unternehmer zu ihren Forderungen steht.

In Mitterteich bei der Firma J. Nieber kriselt es ebenfalls, und unliebsame Mahner auf Tarifeinhaltung werden einfach aufs Straßenpflaster gesetzt.

Die Firma Gzied in Kirchenlamitz wie auch Firma Rudolf Wächter, Porzellanmalerei, können sich schwer an die tariflichen Verhältnisse gewöhnen.

Wenn mancher Kollege glaubt, daß in den bayerischen Betrieben alles in Ordnung ist, so kann er arg enttäuscht werden, wenn er ins bayerische Eldorado kommt. Es muß vor Annahme von Arbeit in den vorher aufgeführten Betrieben mit Nachdruck gewarnt werden und liegt es im eigenen Interesse der Kollegen sich erst vorher über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei den Zahlstellen zu erkundigen. Sind doch auch die Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreise in letzter Zeit so rapid gestiegen, daß sie denen der Großstädte gleichstehen. S. B.

Breslau. Die Figuristen und Polychromeure haben ihren Unternehmern einen neuen Tarifentwurf unterbreitet. Diese weigern sich aber, denselben anzuerkennen. Insbesondere ist es die Firma Tonini & Tabeni, die erklärte, ihren Betrieb lieber hüten und born zugeln zu wollen, ehe sie etwas bewilligt. Trotzdem sucht die Firma Arbeitskräfte, auch durch Inserat in der „Ameise“. Wir können allen Kollegen nur dringend raten, nicht nach Breslau zu kommen, ein Mangel an Arbeitskräften besteht hier nicht.

Margarethenhütte. Die Aktionäre der Firma S. Schomburg & Söhne brauchen in das Klagegeld über die schlechten Zeiten nicht einzustimmen. Die Firma hat im verfloffenen Geschäftsjahr gut abgeschnitten. Die Aktionäre erhalten 40 Proz. Dividende, d. h. 20 Proz. Dividende und 20 Proz. Sondervergütung, das sind zusammen 40 Proz. Die günstige Lage des Unternehmens spiegelt der Geschäftsbericht für das verfloffene Jahr wider, dem zu entnehmen ist, daß folgende 10 Konten reslos abgeschrieben sind und nur noch mit 1 Mk. zu Buch stehen, um überhaupt im Bericht erwähnt werden zu können: Kaolin- und Tongruben-Konto, Maschinen- und Inventar-Konto, Elektrische Anlagen-Konto, Patent-Konto, Matrizen-Konto, Mobilien-Konto, Modell-Konto, Fuhrwerks-Konto und Anschlußgleis-Konto. Bei diesem Stande erscheint es erklärlich, daß trotz des günstigen Abschlusses nur 70 000 Mk. zu Abschreibungen verwandt wurden. Der Reingewinn nach allen Abzügen betrug 997 610 Mk. Wie hoch die Lantienen für Vorstand und Aufsichtsrat sind, ist aus dem Bericht nicht zu ersehen; auf jeden Fall ist diese nicht zu knapp bemessen worden.

Neuhäus bei Sonneberg. Isolatorendreher-Kommission. Am 25. Januar beschäftigte sich eine Versammlung mit der gegenwärtigen Situation. Es gewinnt den Anschein, als ob die Isolatorendreher-Kommission nicht mehr in dem Maße in Anspruch genommen wird, als ehemals. Auf welche Umstände das zurückzuführen sein mag, entzieht sich unserer Kenntnis. Vielleicht machen sich die Wirkungen unseres Reichstarifes hierbei geltend. Die Kommission muß aber Klarheit hierüber haben und fordert deswegen sämtliche in Betracht kommenden Personale der Isolatorenfabriken auf, Erklärungen darüber einzusenden, wie sie über den Fortbestand und die weitere Tätigkeit der Kommission denken. Erscheint ihnen letztere nunmehr als überflüssig, dann — nun, dann gut. Dann hat die Kommission in den 15 Jahren ihres Bestehens ihre Pflicht erfüllt. Der Vorort ist allerdings der Meinung, daß die Kommission heute nötiger ist, denn je. Es sei hierbei nur auf die verhältnismäßig nicht unerhebliche Anzahl neuer Porzellanfabriken hingewiesen, die heute Isolatoren fabrizieren, auch älterer Betriebe, die ihre Fabrikation auf Isolatoren umgestellt haben. Gerade die Arbeiter in diesen Betrieben sind mit den üblichen Methoden bei entsprechenden Arbeitsmethoden nicht bekannt und arbeiten in Unkenntnis der Verhältnisse oft zu niedrigeren Löhnen als anderwärts. Die Isolatorendreher-Kommission ist von Anfang ihres Bestehens an bestrebt gewesen, gerade diesem Uebelstand zu steuern und hat auch anerkannte Erfolge hierbei zu verzeichnen.

Die Kommission ist der Ansicht, daß sich aus einer ganzen Reihe von Gründen ein Neuaufbau unserer Preisregulierung notwendig macht.

Die Kollegen in den Isolatorenfabriken werden ersucht, sofort Stellung zu nehmen zum Fortbestehen und zu event. weiteren Arbeiten der Kommission und ihre Beschlüsse umgehend einzulenden an Carl Burkart, Lindenbergl bei Neuhäus, Kreis Sonneberg.

Laubenhach. In der Porzellanfabrik von Karl Moritz gibt dessen Frau Anlaß zu dauernder Beunruhigung der Arbeitnehmerschaft. Wiederholt kommt es bei der Frau zu heftigen Auftritten gegen die Jugendlichen. Rindigungen sind an der Tagesordnung. Wenn dann der Betriebsrat die Anschuldigungen untersucht, so ergibt sich, daß gar kein Grund vorliegt, oder wenigstens von Frau Moritz stark übertrieben worden ist. Der Betriebsrat kann dann natürlich hierzu seine Zustimmung nicht geben, was Frau Moritz Veranlassung gibt, dem Betriebsrat immer wieder Vorhaltungen zu machen: „Ihr Arbeiter wollt allein regieren“. Das wollen die Arbeiter nicht; aber Frau Moritz sollte doch nun endlich begreifen, daß wir jetzt in einer anderen Zeit leben, wie vor dem Kriege. Das ist leider nicht der Fall, sonst würde diese Dame nicht des öfteren äußern: „Nur durch Prügel können die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen wieder besser werden“. Das Prügelrecht möchte sie natürlich am liebsten selbst ausführen. Brüstet sie sich doch jetzt noch damit vor kurzem eine Arbeiterin geohrfeigt zu haben. So äußerte sie auch anlässlich der Verhandlung am 9. Januar in Anwesenheit des Betriebsrats, 6 Brennern und Gauleiters Apel: „So empfindet Frau, wie ich, mit sozialem Empfinden und Gerechtigkeitsgefühl gegen die Arbeiter, finden sie so leicht in der Umgegend nicht mehr!“ Nun möchten wir erst einmal Leute sehen, welche nach Anschauung dieser Dame kein soziales Empfinden haben. Wie es aber mit diesem sozialen Empfinden dieser Dame bestellt ist, bewies sie tags darauf, indem sie äußerte: „Unsere Arbeiter mit ihren Kindern leben viel besser, wie ich und mein Mann“. (?) Nun, die Arbeiter wollen nächstens zusammensteuern, um die Frau mit ihrem Mann vor dem Hungertode zu retten, was ihnen ja ein leichtes sein wird, da die Arbeiter infolge der bezogenen höheren Löhne bereits zu Privatiers geworden sind.

Ja, ja, Frau Moritz, Sie denken noch an die schöne frühere Zeit. Was Sie sich da mit der Arbeiterschaft erlauben konnten war Ihnen nur möglich, weil die Arbeiterschaft indifferent war und den Weg zur Organisation noch nicht gefunden hatte. Jetzt ist es anders, denn dem herrischen Unternehmerwillen steht eine geschlossene Organisation gegenüber, die alle rechtlichen Mittel anwenden wird, um der Arbeiterschaft zu ihrem guten Rechte zu verhelfen.

Die Organisation ist jetzt manchem ein Dorn im Auge. Der dortigen Arbeiterschaft möchten wir aber zurufen: Seid einig und zeigt, daß Ihr ein Recht habt zum Leben, steht treu zu Eurer Organisation, getreu unserem Wahlspruch: Einer für alle, alle für einen!

Wallendorf. Die hiesige Porzellanfirma Gebr. Kern leg seit längerer Zeit über Arbeiter- und Tarifvertragsfragen ein rechtsonderbares Verhalten zutage. Obwohl in der Porzellanindustrie Reichstarifvertrag besteht, der auch für diese Firma Geltung hat, fällt es derselben absolut nicht ein, den Tarifvertrag zu erfüllen. Wird die Arbeitervertretung vorstellig und fordert die Erfüllung des Vertrages, dann geraten die Firmeninhaber aus dem Häuschen und allerlei Liebenswürdigkeiten, wie Geher usw., fliegen da Betreffenden an den Kopf. Vor einigen Tagen versuchte der Geschäftsführer des Porzellanarbeiterverbandes, Genosse Erdmann Gräfenthal, der Firma begreiflich zu machen, daß so die Dinge nicht weiter gehen können. Die anwesenden Firmenvertreter verfielen in die jedenfalls gut eingeübte Rolle und machten ihren Gefühlen durch Wutausbrüche Luft. Zu einer einigermaßen gelassenen Auseinandersetzung war nicht zu kommen und mußten die Verhandlungen abgebrochen werden. Es wird nun Sache anderer Stellen sein, der Firma begreiflich zu machen, daß der Tarifvertrag auch für sie Geltung hat und geschaffen wurde. Die Arbeiterschaft mag aber aus diesem Gebaren die richtige Lehre ziehen und sich noch enger zusammenschließen, dann werden solche Fälle künftig zur Unmöglichkeit werden.

Bermischtes.

Fabrikpflegerin und Gewerbeaufsicht. Im „Zentralblatt für Gewerbehygiene“ tritt Pryll für den Ausbau der Einrichtungen der Fabrikpflegerinnen ein. Die Einrichtung müsse im Geiste verändert werden. Solange der Kapitalismus besteht, wird die Einrichtung als obligate Einrichtung gute Dienste leisten. Man hat sie ja vielfach schon mit bestem Erfolge eingeführt. Vor allem aber müssen Proletarierinnen zu Fabrikpflegerinnen ausgebildet werden, da sie allein die Nöte der Proletarierin kennen.

Hochschulbildung für Arbeiter. Im Preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ist die Schaffung eines Referates für wirtschaftliche Hochschulbildung für Arbeiter vorgeesehen. Mit der Leitung ist der Ingenieur Wolbt, beauftragter Dozent an der Universität Münster, betraut worden.

Versammlungsberichte.

Bayreuth. Die am 8. Januar abgehaltene Generalversammlung war stark besucht. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht. In diesem wurden die Wahlen in ordnungsgemäßer Weise erledigt. Der „Tarifangelegenheit“ setzte eine Diskussion ein, wobei u. a. ein Protestantrag eingebracht wurde, der folgenden Wortlaut hat:

„Die am 8. Januar tagende Versammlung nimmt von dem Lohnabkommen Kenntnis und protestiert energisch gegen die ungezügelt zurückgehende der Lebigen und Verheirateten, wo die Frau arbeitsfähig ist.“

Die Versammlung fordert den Vorstand auf, bei den nächsten Verhandlungen außer der sozialen Zulage eine prozentuale Zulage zuzusetzen, da die Lebens- und Bedarfsartikel noch immerwährend steigen sind, da auch im großen und ganzen der Arbeitslohn zu Preisen der Bedarfsartikel und Gebrauchsgegenstände noch in dem Verhältnis steht.“

Mantenhain. Die am 15. Januar tagende Zahlstellenversammlung war sehr gut besucht. Nach längerer Zeit war wieder einmal Gauleiter Apel, in unserer Mitte. Nachdem der Kassierer den stichtischen Teil erledigt hatte, erhielt der Referent das Wort zum Vortrag. Zurückblickend bis ins Mittelalter, schilderte Genosse die Entwicklung der Organisation bis in ihre heutige Lage. In übersichtlicher Weise wurden die Zustände in unserem Thüringer Lande skizziert. Des Weiteren kam er auch auf die Verhandlungen wegen dem neuen Lohnabkommen zu sprechen, die wieder erkennen ließen, wie er solche abzuschließen sind. Nach fast zweistündigem Referat, mit Mahnruf: „Nicht betteln, nicht bitten, nur mutig gestritten“, schloß mit allseitigem Beifall angenommene Vortrag. Hierauf entzündete sich eine rege Debatte, die dahin auslief, herauszutreten aus Schlaf und mitzuarbeiten für bessere Löhne, die an das heranrücken, was Notwendigkeit geworden ist (Ernährung und Kleidung zu). Des Weiteren wurde noch diskutiert über die Mindestlöhne. Man stellte es sich heraus, daß ein größerer Teil nicht den Mindestlohn erreicht, und wurde dagegen schärfster Protest erhoben. Gleichwohl werden die Betriebsräte aufgefordert, die Firmen davon in Kenntnis zu setzen und Nachzahlung zu fordern. Die Stellungnahme der erreichten Frauen- und Kinderzulage ergab, daß die Porzellanarbeiter Mantenhains sich nicht mit den Vereinbarungen abfinden; nur die gefakten Beschlüsse auf der Bezirkskonferenz in Aussicht hätten ihre Lage einigermaßen den heutigen Verhältnissen anpaßt und eine gleiche Berücksichtigung aller mit sich gebracht. Des Weiteren wurde noch auf einige örtliche Angelegenheiten verwiesen, und der Vorsitzende hierauf die Versammlung mit dem Wunsche, sich so geschlossen bei allen Zusammenkünften zu beteiligen.

Brattendorf. Zu Punkt 1 gab Kassierer Luther den Kassierbericht bekannt. Es wurden in der Hauptkasse vereinnahmt 11 551,79 Mk., Ausgabe 10 871,26 Mk., bleibt ein Bestand von 680,53 Mk. In der Nebenkasse war die Einnahme 3162,71 Mk., die Ausgabe 1281,10 Mk., bleibt ein Bestand von 1881,61 Mk. Zu Punkt 2 erstattete Referent Otto den Revisionsbericht. Kasse und Bücher befanden sich in Ordnung, worauf Kassierer Luther entlastet wurde. Punkt 3: Der zehnjährige Bericht erstattete Bericht von der letzten Betriebsratsversammlung. Daraus war zu ersehen, daß doch Vorteile der Arbeiterschaft zufließen sind, wenn der Betriebsrat sich seiner Aufgabe voll und bewusst ist. Bei Punkt 4 ergreift Gauleiter Apel das Wort. Durch einen anderthalbstündigen Vortrag fesselte er die Zuhörer. Er führte aus, daß das letzte Lohnabkommen zustande gekommen ist, und wie es ist, für die Arbeiterschaft von dem starken Unternehmertum herauszuholen. Zur Diskussion meldete sich niemand, einverstanden sind. Kassierer Luther klärte die aus dem Fabrikarbeiterverband in unseren Verband übergetretenen Mitglieder auf die Karenzzeiten, die ihnen in unserem Verbandsverhältnis geschrieben sind. Mit voller Begeisterung für den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Eisenberg. Die erste Versammlung im neuen Jahre, die in „Restaurant“ abgehalten wurde, wies einen äußerst starken Besuch auf. Jedes Plätzchen war besetzt, und viele der Anwesenden nicht gedrängt stehen. Zunächst wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Karl Körner, sowie des Vorsitzenden des Deutschen Arbeiterbundes, des Genossen Regien, in üblicher Weise geehrt. Die Aufnahme von neuen Mitgliedern fiel die große Anzahl Uebertritte auf. Seit einem Vierteljahr sind 85 Uebertritte erfolgt und es ist ein großer Uebelstand beseitigt, daß noch immer viele Kollegen, die in Porzellanbetrieben arbeiteten, im Fabrikarbeiterverband organisiert waren. Die geschlossene Organisation ist nunmehr hergestellt und wird auch bei allen Anlässen ein besseres Arbeiten sein können.

Da zu hoffen ist, daß der Versammlungsbesuch auch für spätere Versammlungen ein guter wird, wird die Verwaltung beauftragt, von nun an ein passendes Versammlungslokal zu bestimmen. Das sozial bleibt nach wie vor „Obst“ Restaurant.“

Eine lebhafte Debatte entspann sich über das neue Lohnabkommen. Es wird anerkannt, daß der Vorstand alles getan haben um mehr für die Mitglieder herauszuholen. Ein Uebelstand bleibt es jedoch, wenn die meisten der Mitglieder von jeder Erhöhung ausgeschlossen bleiben. Bei den ungeheuren Gewinnen, die der Porzellanindustrie zurzeit erzielt werden, wäre es den Unternehmern sehr leicht möglich gewesen, für alle Arbeiter und Arbeiterinnen eine genügende prozentuale Lohnerböschung zu gewähren. Man wünscht es doch sogar hier einzelne Unternehmer, die wenigen Zuschüsse noch illusorisch zu machen, indem sie sich auf die faustfein Kommentare des Unternehmerverbandes berufen, so daß zuletzt gar nichts mehr übrig bleibt.

Die Versammlung fordert deshalb vom Vorstand, das Lohnabkommen so rechtzeitig zu kündigen, daß über ein neues Lohnabkommen die Mitglieder durch Abstimmung über Annahme oder Ablehnung entscheiden können. Nach Erledigung einiger mehr örtlicher

Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Aufforderung, schon jetzt für die nächste Versammlung zu agitieren, für die versucht werden soll, den Gauleiter Apel zu gewinnen.

Flörsheim. Die Jahresabschlussversammlung erfreute sich eines sehr starken Besuches. Der Vorsitzende Mühlen dankte für den zahlreichen Besuch. Die Wahl der neuen Vorstandsmitglieder verlief ohne Störung, ebenso die Wahl dreier Ersatzmitglieder für den Betriebsrat. Der Vorsitzende machte mit kurzen Ausführungen den Anwesenden klar, wie notwendig es sei, fest zusammen zu halten, um die Aufgaben der Gewerkschaften in Zukunft erfüllen zu können. Punkt „Verschiedenes“ brachte lebhafteste Debatten über Brennstoffversorgung. Kollege Mühlen erklärte, daß die Firma bereit sei, Holz in genügendem Maße zum Einkaufspreis abzugeben. Nachdem noch verschiedene Mängel und Fehler des Betriebes gestreift wurden, die noch ihrer Erledigung harren, fand die Versammlung ihren Schluß.

Fraureuth. In der am 14. Januar stattgefundenen Zahlstellenversammlung war trotz der umfangreichen und wichtigen Tagesordnung der Besuch ein mäßiger. Es stand u. a. der Anschluß an Gau Sachsen auf der Tagesordnung. Schon wegen dieses Punktes hätte der Besuch ein stärker sein müssen, denn bisher beklagte man sich immer, daß wir vom Gau Thüringen vernachlässigt würden, was infolge unserer geographischen Lage der Fall war. Ein Antrag, Anschluß der Zahlstelle Fraureuth an Gau Sachsen, wurde einstimmig angenommen. Der Hauptvorstand soll mit der Regelung dieser Angelegenheit sofort in Kenntnis gesetzt werden. Das gegenwärtige Krankenkassenwesen nebst Krankenkassenausschussmitglieder wird von der Versammlung stark bemängelt. Es soll kein Mittel unversucht gelassen werden, dieses Übel zu beseitigen. Dem Kassierer wird, nach Vorkennung für seine umfangreiche, mühevollen Arbeit zuteil. Unter Punkt „Sterbekasse“ werden die Statuten, Beiträge und Unterstützungssätze nicht mehr der Zeit entsprechend gefunden. Es sollen die Beiträge von 5 auf 20 Pf. pro Woche erhöht und die Unterstützungssätze verdoppelt werden. Ein Antrag, die Klassenverhältnisse nach einem Jahre einer Prüfung zwecks Verdreifachung der Unterstützungssätze zu unterziehen, wird einstimmig angenommen. Unter Punkt „Verschiedenes“ wird scharfe Kritik an der Unmasse Abrechnungsberichte, welche von der Hauptverwaltung zur Ausgabe gelangt sind, geübt. Zweckmäßiger wäre es, wenn die Hauptverwaltung in bezug auf Sparsamkeit mit gutem Beispiel voranginge, denn neun Zehntel aller Mitglieder unterziehen diesen Bericht wohl keiner Prüfung. Ferner erhebt die Versammlung scharfen Protest gegen die Bestimmung, wonach ein Mitglied, welches ein halbes Jahr Karenzzeit in Beitragsstufe 3,20 Mk. durchgemacht hat, nochmals ein Jahr Karenzzeit in der 4-Mk.-Stufe durchmachen soll. Die Versammlung erzieht in diesen Bestimmungen eine eigenmächtige Umänderung des Hauptvorstandes, und fühlen sich die betroffenen Mitglieder in ihren Rechten zurückgesetzt. Wir fordern sämtliche Zahlstellen auf, sich diesem Protest anzuschließen zwecks Abänderung dieser Bestimmung.

Anmerkung des Schriftleiters: Diese letztere Bestimmung ist statutarischer Zustand (siehe § 5, Ziffer 5, Statut), und zwar nicht erst seit der letzten Generalversammlung, kann demzufolge auch nicht abgeändert werden. Merkwürdig, daß den Mitgliedern in Fraureuth das bisher unbekannt geblieben ist. Das Aufrufen der anderen Zahlstellen ist also vollkommen zwecklos und kann am bestehenden Zustand nichts ändern. Auf den Schutz, den diese Bestimmung gewährt, kann die Verbandskasse nicht verzichten.

Ilmenau. Die am 7. Januar stattgefundene Versammlung war überaus gut besucht. Der Vorsitzende G. Voigt gibt die Tagesordnung mit folgenden Punkten bekannt: Bericht über unser derzeitiges Lohnabkommen, anschließend hieran freie Aussprache. G. Voigt teilt mit, daß zwischen den Feiertagen sich eine Verwaltungssitzung mit unserem Lohnabkommen befaßt und den Gen. Triebiger-Rudolstadt als Referenten bestellte; letzterer aber aus uns verständlichen Gründen absagte, worüber allgemein Bedauern ausgesprochen wurde. Hierauf ergriff der Gauleiter Gen. Apel das Wort. Er schilderte ausführlich den Werdegang der Verhandlungen, besonders hervorhebend, daß infolge unserer ungünstigen Stellung wegen Mangel an Aufträgen usw. uns kein günstiger Stern leuchtete; dies sei wohl einem jeden klar. Die Unternehmer lehnten die von uns gestellten Forderungen brüsk ab, wollten aber den Verheirateten eine soziale Zulage gewähren. Mit Rücksicht auf die Verheirateten wurde diesem Lohnabkommen zugestimmt. In der Diskussion sprach sich fast alle Redner scharf gegen den abgeschlossenen Tarif, hoben besonders hervor, daß nun endlich einmal mit der Klassifizierung aufgeräumt werden möchte. Es lies nun eine Resolution folgenden Inhalts ein: Die heutige Zahlstellenversammlung protestiert energisch gegen das Zustandekommen des Tarifs und verlangt vom Hauptvorstand, daß durch Sonderverhandlungen den Lebigen, Witwen und Witvern — letzteren mit eigenem Hausstand — eine Ausgleichszulage geschaffen wird. Sie protestieren ferner gegen jegliche Klassifizierung. —

In seinem Schlußwort appelliert Gen. Apel noch an die Mührigkeit der Kollegen und fordert auf, ein jeder möge seine Verbands-tätigkeit etwas mehr in den Vordergrund stellen und mit Hand anlegen an dem Aufbau unserer Organisation. Allgemeinen Beifall ernteten die Worte des Gen. Apel.

Rahla. Am Mittwoch, den 19. Januar, fand die erste Zahlstellenversammlung im neuen Jahre statt. Dieselbe war gut besucht. Der Vorsitzende gibt einen Rückblick über das verflossene und einen Ausblick auf das kommende Jahr und kommt zu dem Schluß, daß der gesamten Arbeiterschaft angesichts des dunklen politischen und wirtschaftlichen Himmels in Deutschland Einigkeit und Geschlossenheit mehr denn je vonnöten ist. Dem Zahlstellenmitglied Franz Selemka und dem Genossen Karl Regien, beide am 26. Dezember 1920 verstorben, widmet der Vorsitzende längere Worte der Ehrung und des Gedächtnisses und findet diese Ehrung noch äußerlich ihren Ausdruck durch Erheben von den Sigen. Für einen längeren Zeit arbeitslosen Kollegen hat die Verwaltung auf zwei Raten je 50 Mk. Unterstützung

bewilligt; dem stimmt die Versammlung zu. Dem Jugendheim anstatt wie bisher 20 Mk. pro Vierteljahr 75 Mk. zu überweisen und 300 Mk. bereitzustellen für Ergänzung der Gewerkschaftsbücherei, wird ebenfalls zugestimmt. Zu letzterem wird auf Mängel in der Bibliothek hingewiesen. Die Bibliothekare führen seit längerem Klage darüber, daß sehr oft die Leser die Leszeit wenig beachten und die Bücher ziemlich lange in ihren Händen behalten, was angesichts des ersreulichen Umstandes, daß gegenwärtig ein ziemliches Lesbedürfnis vorhanden ist, aufhören muß. Jeder muß sich beeilen, die Büchereiordnung zu respektieren. Ferner wird noch Klage geführt, daß in sehr vielen Fällen Kinder in kaum schulpflichtigem Alter Bücher entnehmen und abliefern. Das ist ein Uebelstand, der beseitigt werden muß, denn die Kleinen haben noch nicht das notwendige Verständnis für den Wert der Bücher, und auf dem Wege von und nach der Bibliothek treiben solche unverständige Kinder allerlei Unfug mit den wertvollen Büchern. In Zukunft sollen Bücher nur an Kinder in vorgeschrittenem Alter ausgeben werden. Die Eltern mögen dies beachten. Hoffentlich werden dadurch dem Gewerkschaftskartell unnütze Ausgaben wegen Reparaturen und den Bibliothekaren viele Vergernisse erspart. Das Stiftungsfest der Zahlstelle soll am Sonnabend, den 19. März 1921, im „Fürstenteller“ durch Konzert und Festrede gefeiert werden. Auf einen künstlerischen Vortragabend am Mittwoch, den 23. Februar, durch die Genossin Margarete Wallotte, Berlin, wird hingewiesen und zu zahlreichem Erscheinen eingeladen. — Den Kassenbericht über das 4. Vierteljahr 1920 gibt Genosse Bühl. Aus diesem Bericht ist hervorzuheben: Einnahme an Beiträgen und Eintrittsgeldern 47 573,57 Mark, Ausgabe 43 952,94 Mk., Bestand 3620,63 Mk. Der Lokalfonds wies an Einnahmen 16 795,59 Mk. und an Ausgaben 5064,25 Mk. auf, so daß ein Bestand von 11 731,34 Mk. zu verzeichnen war. Auf Antrag des Genossen Hermann Länger, der namens der Revisoren berichtete, daß die Revision der Kasse weder zu Erinnerungen noch Beanstandungen Anlaß gegeben habe, wird Genosse Bühl einstimmig entlastet. Die Mitgliederzahl der Zahlstelle betrug am Vierteljahres-schluß 1357, davon 901 männliche und 456 weibliche. Sodann berichtet der Vorsitzende über eine Vollversammlung der Arbeitnehmervertreter sämtlicher Betriebe am Orte. Ein Referat des Genossen Rief, Jena, über Betriebsrätegesetz stand in derselben auf der Tagesordnung. Der Vorsitzende gibt im wesentlichen den Inhalt dieses Referates wieder und berichtet, daß die Bildung von Gruppenräten bzw. eines Zentralrates am Orte vorgenommen wurden. Das neue Lohnabkommen ist Gegenstand längerer Erörterung und finden sich in der Versammlung keine Gegner der sozialen Zulagen, wenn auch zu erwähnen ist, daß das letzte Lohnabkommen, von dem erwartet wurde, daß es bedeutend besser ausfallen würde, als die vorhergehenden, weil diesmal „wirkliche Vertreter der Arbeiterinteressen“ an den Verhandlungen teilnahmen und die vorhergehenden Male nur Stümper, besser aussehender. Die Lokalangestelltenfrage ist soweit gediehen, daß die Verbandshauptleitung es der Zahlstelle überläßt, den Kreis der Bewerber, die Werbungsbedingungen und das Wahlverfahren selbstständig festzusetzen, da Zuschüsse zu den Mitteln für die Anstellung und Unterhaltung eines Ortsangestellten von der Hauptkasse nicht beansprucht werden. Die Versammlung beschließt mit überwältigender Mehrheit, den Posten nicht auszuschreiben, sondern die Stelle dem derzeitigen Zahlstellen-vorsitzenden zu übertragen. Besprechung örtlicher Betriebsangelegenheiten und des Uebelstandes, der sich ergibt aus dem Umstande, daß am Orte nur eine Apotheke und diese an den Sonntagen nicht geöffnet ist, bilden den Schluß der Versammlung. Letztere Angelegenheit soll dem Ortsausschuß der Gewerkschaften zur weiteren Verfolgung über-mittelt werden.

König. Die am 8. Januar stattgefundene Zahlstellenversammlung nahm Kenntnis von den Verhandlungen am 22. Dezember 1920 in Berlin. Sie protestiert ganz energisch gegen das neue Lohnabkommen und die Zumutung der Unternehmer, die Arbeiter mit so einem Minimallohn abzuspülen. Bevor noch keine Verbilligung der Lebensmittel und Bedarfsartikel eintritt, sind wir gezwungen, immer noch Lohnerhöhungen zu fordern. Die Arbeiterschaft appelliert auch einmal an die Vernunft der Unternehmer, etwas von den Riesenpro-fiten, die sie bisher erzielt haben, ihren Arbeitern zukommen zu lassen. Besonders zu berücksichtigen sind die Zeitlohnarbeiter. Die Arbeits-löhne sind nicht mit den Verkaufspreisen der Unternehmer in Einklang zu bringen. Wir ersuchen den Hauptvorstand, bei der nächsten Ver-handlung den Unternehmern die richtige Antwort zu geben.

Ludwigsburg. In der sehr gut besuchten Versammlung vom 15. Januar war unser Gauleiter, Kollege Zahn aus Bonn, anwesend. Dieser war mit dem Betriebsrat bei der Firma vorstellig geworden. Bevor Kollege Zahn das Resultat der Verhandlung mitteilte, gab er uns in klaren, trefflichen Worten Aufschluß über unsere Tarifver-hältnisse. Er teilte uns dann mit, daß die Wirtschaftsbeihilfe ohne Anstand gewährt wird. Nur diejenigen Arbeiter, die vorübergehend beschäftigt sind, bekommen diese Beihilfe nicht. Die soziale Zulage wird an jeden der in Betracht kommenden Arbeiter gezahlt. Die Löhne werden dem Tarif entsprechend mit 25 % Zuschlag bezahlt. Be-züglich einiger Kollegen (Kornwarter, Wolpert) warnte Kollege Zahn diese, einen Vertrag zu unterzeichnen, da sich dieselben selbst schädigen würden. Auch wurde auf die Gefahr hingewiesen, daß sich die hiesige Gewerkschaftsbücherei etwas verschlechtert hat und kann nicht genug dafür warnen, da dies der größte Fehler wäre. Auch über die Aufgaben des Betriebsrates sprach Zahn zu sprechen und wies denselben darauf hin, energisch und straffe vorzugehen. Wenn auch manchmal Kritik an seinem Referat zu hören war, so darf er doch nicht bei jeder betrefis Betriebsrat das Wort und teilte einen Fall in seiner Angelegenheit mit, welche der Betriebsrat glänzend erledigte, und sprach letzterem das volle Vertrauen aus. Zum Schluß nahm Gauleiter Zahn das Wort und wies die Kollegen darauf hin, wenn sie im Zeitlohn arbeiten und nicht ihren Leistungen entsprechend bezahlt werden, selbst vorstellig zu werden und energisch einen angemessenen Lohn zu fordern. Der Vorsitzende dankte im Namen der Versamm-lung den Bemühungen unseres Gauleiters. Es wurde der Wunsch laut, letzteren bald wieder in unserer Mitte zu sehen. Mit einem

Appell an die Mitglieder, stets ein reges Versammlungsinteresse zeigen und der Macht einer strammen Organisation fernerhin e-gedenk zu sein, schloß der Vorsitzende die sehr schön verlaufene Ver-sammlung.

Margarethenhütte. Unsere Zahlstellenversammlung am 13. Januar erfreute sich eines sehr schwachen Besuches. Bei einer Mit-gliederzahl von annähernd 500 ist das sehr beschönend. Der Vor-sitzende gab einen Überblick über das neue Lohnabkommen vom 1. Januar 1921 und erläuterte die einzelnen Paragraphen. Verschiede Kollegen fanden Mängel an dem Lohnabkommen. Kollege M. äußerte, daß den Landwirten, deren Frauen zu Hause erwerbstätig sind, die Beihilfe entzogen werden soll. Der Vorsitzende erklärte, daß dar-vorläufig nichts zu ändern ist und die etwa bestehenden Mängel bei nächsten Lohnabkommen zentral geregelt werden sollen. Kollege M. gab seinen Unwillen darüber kund, daß die Ledigen wieder ganz le-ausgingen. Kollege B. stellt den Antrag, daß der Betriebsrat mit der Direktion verhandeln und versuchen soll, etwas für die Ledigen heraus-zuholen. Der Antrag wurde angenommen. Unter Punkt 2 verlas der Vorsitzende eine Resolution, die an den Vorstand eingeleitet werden soll. Nach Begründung derselben durch den Kollegen S. fand dieselbe einstimmige Annahme. Unter „Verschiedenes“ verlas der Kollege S. ein Schreiben vom Gewerkschaftskartell Bauen, betrefis Kleiderstoff und Filzschuhbelieferung. Auf Anfrage gibt der Kassierer den Be-scheid, daß dem kranken Kollegen „Röder-Karl“, dem Invaliden „Schar“ und dem Waisenknaben „Ludwig“ je 100 Mk. aus dem 12-Proz. Fonds gestiftet wurden. Der Kassierer stellt den Antrag, daß von jeder Kategorie ein Vertrauensmann gewählt wird, um die Verbin-dung mit der Verwaltung besser aufrechtzuerhalten. Der Antrag wurde angenommen und die einzelnen Kollegen gewählt. Kollege M. ersucht die Verwaltung, ein Mittel ausfindig zu machen zur Heran-ziehung der Versammlungsschwänzer. Nach einigem Hin und Her wurde man sich dahin einig, daß dieser Punkt in einer Verwaltungssitzung seine Erledigung finden soll.

Mäbendorf. Unsere am 7. Januar stattgefundene Monatsver-sammlung beschäftigte uns zunächst mit dem neuen Lohnabkommen. Kollege Pappst erklärte, die Frauen- und Kinderzulagen seien ja eine soziale Forderung, aber es hätte seine Licht- und Schattenseiten. Ge-würden dann Familienväter, die viel Kinder haben, in den Fabriken spärlich unterkommen. Ueber diesen Punkt entspinnt sich eine leb-hafte Debatte. Es wird folgende Resolution angenommen: „Die Zahl-stelle Mäbendorf verurteilt aufs schärfste das Ergebnis des neuen Lohnabkommens und fordert den Vorstand auf, Rechenschaft abzu-legen, wodurch das klägliche Fiasko zustande kommen konnte. Die Zahlstelle stellt sich einmütig auf den Boden des Beschlusses der Mü-dolstädter Konferenz. Zu Punkt 2 gibt der Betriebsratsvorsitzende Kollege Pph, Bericht vom Monat Dezember. In kurzen Worten streifte er die Lohnfrage in der Druckerei und die Einstellung eines neuen Betriebsleiters. Weiteren Bericht gaben noch andere Be-trietsratsmitglieder über die Verhandlungen mit der Firma betrefis des früheren Betriebsleiters. Von der Betriebsratssitzung Suhl gab es Bericht die Kollegen Heim und Keller. Betrefis Abhaltung von Vortrags-bildervorträgen wird die Verwaltung mit einem diesbezüglichen Be-richt an die Gauleitung herantreten. Zum Schluß erläutert Kollege Heim noch die Handhabung der künftigen Krankenkassenwahl.

Mußschen. Die Versammlung vom 8. Januar war von 40 Mit-gliedern besucht. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten kam ein Vorkommnis im Betriebsrat zur Sprache, das der Versamm-lung Anlaß gab, besonders zu betonen, jedes geeignete Mittel anzu-wenden, das zur Aufrechterhaltung des Zusammenhalts unter dem Kol-legen dienen kann. Ein Bericht über eine gemeinschaftliche Sitzung des Gewerkschaftskartells mit dem Betriebsrat der Porzellanfabrik wurde zur Kenntnis genommen und die Unstimmigkeiten zwischen der Betriebsleitung und den Kartellbelegierten besprochen. Die Feststellung, daß die Kartellbelegierten von der Weihnachtsunterstützung aus-geschlossen wurden, löste einen geharnischten Protest aus.

Neuhaldensleben. Unsere am 8. Januar bei Herzogs abge-haltene Zahlstellenversammlung, die von zirka 600 Mitgliedern be-sucht war, wurde mit folgender Tagesordnung eröffnet: 1. Geschäft-liches; 2. Vortrag über unseren Tarifvertrag. Referent Kollege Schneider (Redakteur der „Ameise“). Bevor zur Tagesordnung über-gegangen wird, gibt der Vorsitzende den Tod des Genossen Legier bekannt und ersucht die Anwesenden, zu Ehren desselben sich von den Plätzen zu erheben. Im „Geschäftlichen“ gibt der Kassierer, Kollege Schoof, den Kassenbericht, worauf auf Antrag der Revisoren demselben Entlastung erteilt wird. Die Verwaltung stellt den Antrag auf Er-hebung eines Extrawochenbeitrages zwecks Unterstützung der am Ort befindlichen organisierten Arbeitslosen. Derselbe wurde einstimmig angenommen. Den Vortrag über unseren Tarifvertrag hielt der Kol-lege Karl anstatt des inzwischen erkrankten Kollegen Schneider. Redner verstand es in vorzüglicher Weise, die Anwesenden durch seinen Vortrag zu fesseln. Zuerst behandelt er den Tarif im all-gemeinen und ging dann zum letzten Lohnabkommen über. Der Vor-trag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion gab es noch mancherlei Fragen zu beantworten, worauf Redner zu-vollen Befriedigung einging. In seinem Schlußwort ermahnte Kol-lege Karl, daß auch die Kollegen von Neuhaldensleben einig wie bis-her bleiben und jeden Parteibader unterlassen möchten, denn nur durch Einigkeit auf gewerkschaftlichem Gebiete könnte etwas Großes erreicht werden. Die Versammlung wurde sich einig, daß der Vortrag des Kollegen Karl in einer gemeinsamen Betriebsratssitzung behandelt werden soll.

Reichenbach (S.-A.). In der am 7. Januar abgehaltenen Zahl-stellenversammlung wurde das abgeschlossene Lohnabkommen einer leb-haften Kritik unterzogen. Obwohl die Familienbeihilfe als soziale Zulage zu begrüßen ist, so wurde doch bemängelt, daß auf die Löhne keine Erhöhung gekommen ist, trotzdem die Lebensmittelpreise weiter-gestiegen sind. Die Familienbeihilfe hätte schon längst extra gewährt werden müssen, obwohl manche Unternehmer sich dasselbe zunutze

nachen und nur ledige Arbeiter einstellen werden. Die Anzeichen sind schon dazu da. Weiter wurde bemängelt, daß das Abkommen wieder auf ein Vierteljahr abgeschlossen wurde, und betont, wenn wieder Forderungen gestellt werden, dieselben einigermaßen hochhalten und nicht 99 Proz. abstreichen zu lassen. Auf eine Protestresolution wurde verzichtet, da diese jedoch, wie die vorhergehenden, nichts ändern können, wie die Schriftleitung von unserem Fachblatt jedesmal bemerkt.

Rheinsberg. Am 3. Januar fand eine gut besuchte Versammlung der hiesigen Zahlstelle statt. Der Vorsitzende begrüßte die Erhienenen und sprach den Wunsch aus, daß auch die künftigen Versammlungen ebenso zahlreich besucht werden. Unter Punkt 1, Kassenbericht vom 4. Quartal 1920, gab der Vorsitzende an Stelle des verabschiedeten Kassierers den Kassenbericht. Die Revisoren bestätigten, daß Kasse und Bücher in guter Ordnung waren und wurde auf deren Antrag dem Kassierer Entlastung erteilt. Punkt 2: Unser neues Lohnabkommen. Der Vorsitzende erläuterte das Abkommen und verurteilte dasselbe in seiner ganzen Fassung. Am Schluß einer Ausführungen angekommen, war fürs erste die Versammlung sprachlos. Als sie sich einigermaßen von ihrem Schrecken erholt hatte, erhoben alle Mitglieder schärfsten Protest gegen dieses schenklische Abkommen, und verurteilten das ganze Tarifsystem. Die Versammlung ist der Meinung, daß durch die Kräfte der Zahlstellen die Hände gebunden sind, und daß bei Wegfall der Arbeitsgemeinschaften die Zahlstellen mehr erreichen würden, wenn ohne Kampf kein Sieg. Eine berechtigte Erbitterung herrschte unter den ledigen Arbeitern und Arbeiterinnen. Sie sind der Ansicht, daß sie durch dieses Abkommen indirekt gezwungen werden sollen zu heiraten. Ist vielleicht ein frisch-fröhlicher Krieg wieder in Aussicht? Ist der Hauptvorstand beauftragt, in dieser Weise für das nötige Kanonensfutter zu sorgen? Wäre dieses nicht der Fall, so müßte solches Abkommen rundweg abgelehnt worden sein. Durch Tarifbeschlüsse hat natürlich der Hauptvorstand für längere Zeit wieder Ruhe und Bequemlichkeit und braucht sich bei diesem schlechten Wetter nicht in den einzelnen Zahlstellen rumzudrücken. Ja, Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Der Betriebsrat wurde von der Versammlung beauftragt, sofort bei der Firma vorstellig zu werden, um für die hiesige Arbeiterschaft etwas Ersprießliches herauszuholen. Sollte diesen gerechten Forderungen nicht Genüge gestiftet werden, so ist die Arbeiterschaft gewillt, auch ohne Genehmigung des Hauptvorstandes in den Streik zu treten. Die Arbeiterschaft hat es satt, sich weiter mit Bettelfennigen abspeisen zu lassen. Verschiedene Beschwerden wurden dem Betriebsrat zur Erledigung überwiesen. Punkt 4, Wahl eines Kartelldelegierten, wurde durch Nachwahl erledigt. Unter „Verschiedenes“ wurden zwei fränkischen Kollegen je 50 Mk. bewilligt. Weiter wurde von einem Schreiben der Zahlstelle Elmshorn Kenntnis genommen und von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Zu einer in Aussicht genommenen Konferenz wurde ein Delegierter gewählt. Da nun die Tagesordnung erschöpft war, schloß der Vorsitzende mit einem kräftigen Appell die imposant verlaufene Versammlung.

Anmerkung des Schriftleiters. Wenn man sich vergewissert, daß diese unentwegten Kampfnaturen in Rheinsberg, deren Devise lautet: „Ohne Kampf kein Sieg“, samt und sonders über den Bericht des Vorsitzenden, das Lohnabkommen betreffend, die Ehre die Sprache verloren und geraume Zeit brauchten, ehe sie von dem niederdrückenden Eindruck des Berichtes erholten, dann kann man sich ungefähr einen Begriff davon machen, wie der Bericht des Vorsitzenden ausgefallen mag. Daß in einem Zustande kaum vorübergegangener Betäubung dann das ganze „Tarifsystem“ in die Wolkenschlucht geschleudert wurde, wird niemanden überraschen. Nachdem die Folgen der Katastrophe so ziemlich jeder verschunden waren, hat man anscheinend versucht, sich ernsthaft mit dem Ergebnis der Lohnverhandlungen zu befassen. Und siehe da — nun entdeckte man, daß die Unverheirateten indirekt gezwungen werden sollen zum Heiraten. Man vermutete, daß der Vorstand „beauftragt“ sein könnte, in dieser Form für Kanonensfutter zu dem künftigen Kriege zu sorgen. Das sollte anscheinend ein Witz werden, wenn — der dafür notwendige Spiritus ausgereicht hätte. Nun ist es etwas anders geworden. Manche Leser werden es für eine Überbierheit, manche vielleicht auch gar für eine Gemeinheit ansehen.

Das eine ist mir nicht klar geworden: Welcher Art soll denn der Eindruck sein, den die Kollegen in Rheinsberg mit Versammlungsberichten dieses Genres hervorrufen wollen, und an welchen Stellen glauben sie denn überhaupt einen Eindruck damit zu erzielen?

Rodach. Unsere am 13. Januar im „Gasthof zum Löwen“ abgehaltene Generalversammlung war mäßig besucht. Etwa ein Drittel aller Mitglieder waren anwesend. Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden und heißt sie herzlich willkommen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende unseres verstorbenen Gewerkschaftsführers Carl Regien und bittet die Anwesenden, sich von ihren Stimmen zu erheben. — Zu Punkt „Berichte der Verwaltung“ nahm der Vorsitzende Karl Herr das Wort und hielt einen kurzen Rückblick über das verfllossene Jahr. Der Kassenbericht wurde vom Kassierer Herr gegeben; derselbe ward von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Dem Kassierer wurde für seine Mühewaltung Entlastung erteilt. — Der Punkt „Anträge“ wurde von der Versammlung glatt erledigt. — Zu „Besprechung des Lohnabkommens“ nahm der Wirtschaftsbefehlshaber der Zahlstelle Carl Herr das Wort und gab Aufklärung darüber, woran sich eine lebhaftere Diskussion entspann. „Verschiedenes“: Eine Unterstützung für unser krankes Mitglied Hermann Weigelt zu gewähren, wurde einstimmig angenommen; dann wurden zehn weitere Delegierte zum Kartell einstimmig gewählt. Hierauf folgte noch eine kurze Diskussion und dann der Schluß der Versammlung.

Schmalz. Einen wiederum zahlreichen Besuch wies unsere am 18. Januar tagende Monatsversammlung auf. Ganz besonders

stark waren die ledigen Mitglieder vertreten. Es dürfte vielleicht das Fehlschlagen der neuen Lohnverhandlungen für dieselben mit beigetragen haben. Als 1. Punkt der Tagesordnung setzte der Vorsitzende, Kollege Bildstein, den Bericht des neuen, vom 1. Januar 1921 ab gültigen Lohnabkommens ein. Kollege Stang (Rehau), der als Delegierter nach dort beordert war, erstattete denselben und beleuchtete Punkt für Punkt der stattgehabten Verhandlungen. Der Bericht wurde von der Versammlung mit größter Aufmerksamkeit entgegengenommen. Es ist gewiß, daß unser Hauptvorstand mit seinen Vertretern und Delegierten ein schweres Feld zu bearbeiten hatte in bezug auf die Fähigkeit der Unternehmer, und doch gelang es unseren Vertretern, wenn auch nur gering, jedoch auch bei ungünstiger Konjunktur etwas herauszuholen. Kollege Stang streifte auch demgegenüber das Verhalten unseres Hauptvorstandes, der ganz entschieden an den Forderungen der Mitglieder festhalten wollte. Daß dies als ein schwerer Kampf anzusehen ist, muß von jedem geschulten Gewerkschaftskollegen voll und ganz anerkannt werden. Zum Schluß erwähnte Kollege Stang die Mitglieder, den Tarif genau zu studieren, damit derselbe entsprechend ausgemittelt werden kann. Der Vorsitzende gab zu diesem Bericht eine diesbezügliche Erklärung ab und setzte eine Diskussion ein. Von einer regen Aussprache machten die ledigen Kollegen Gebrauch. Sie betonten, daß sie die soziale Fürsorge für die Verheirateten anerkennen, daß sie aber (die Ledigen) so glimpflich abgespeist würden, hätten sie auf keinen Fall erwartet. Im Laufe der Debatte kam man zu dem Entschluß, den Hauptvorstand zu ersuchen, bei den künftigen Lohnverhandlungen sein Möglichstes walten zu lassen, daß er für die ledigen Mitglieder einen Ausgleich erzielen kann. Sodann erstattet zu Punkt 2 Kollege Bauer den Bericht zu der am 15. Januar stattgefundenen Kartellsitzung in der ausführlichsten Weise und gab u. a. bekannt, daß das Kartell für die inhaftierten Genossen eine abermalige Zuweisung in einem Betrag von 230 Mk. ergehen ließ. Ein ausführlicher Bericht vom verfllossenen Geschäftsjahr wurde vom Vorsitzenden erstattet. Er hob hervor, daß auch dieses Jahr, wie nie zuvor, ein gemaltiges Kampfjahr war und daß das zukünftige voraussichtlich als kein besseres zu erwarten sein wird. Er erörterte noch kurz die Geschäfte innerhalb unserer Zahlstelle, womit nachgewiesen wurde, daß die Verwaltung nichts unversucht ließ, nur ständig im Interesse unserer Gewerkschaft zu bauen, was noch aufzubauen ist. Anlässlich des Ablebens unseres hervorragenden Gewerkschaftsführers Carl Regien wurde demselben die letzte Ehre durch Erheben von den Plätzen dargebracht. Zu Punkt 3 machten sich einige Wahlen notwendig, so auch die des Vorsitzenden. Kollege Bildstein begründete sein Ausscheiden als Vorsitzender, womit es keine weiteren Auseinandersetzungen mehr gab und hiermit Kollege Adolf Thim einstimmig gewählt wurde. Ferner wurde die Wahl eines Beisitzers und zweier Unterkassierer vorgenommen. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Schweidnitz. Unsere Versammlung vom 15. Januar war gut besucht. Von der Zahlstelle Königszelt war Kollege Vogt anwesend, um näheren Aufschluß zu geben in der Frage der Zusammenlegung der Zahlstellen Königszelt, Schweidnitz und Stanowitz, und Aufstellung eines Lokalbeamten. Vogt gab ein anschauliches Bild von der Entwicklung der Gewerkschaften. Doppelt erfreulich sei es, daß überall dort, wo es vor der Revolution nicht gelingen wollte, unserem Verbands Eingang zu verschaffen, heute Zahlstellen bestehen. Die Kollegen in Stanowitz scheinen sich an der geplanten gemeinschaftlichen Zahlstelle und der Anstellung des Lokalbeamten nicht beteiligen zu wollen. Unsere Zahlstelle ist bereit, allein mit Königszelt event. eine Anstellung vorzunehmen. — Nachdem einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt waren, wurden in der Diskussion die jüngsten Betriebsratswahlen noch einmal erörtert und ein diesbezüglicher Antrag angenommen.

St. Georgen. Die Versammlung erfreute sich eines guten Besuchs, und trotzdem muß gesagt werden, gibt es immer noch Kollegen, denen das Versammlungsbefuchen ganz überflüssig erscheint. Diesen säumigen Kollegen möchte ich ans Herz legen: Besucht die Versammlungen in diesem Jahre fleißiger als je; nur geschlossen können wir etwas erreichen. — Die Neuwahl ging rasch von statten; hier gab es nur kleine Änderungen. Ueber Punkt 3 der Tagesordnung gab es eine lebhaftere Debatte. Es handelte sich hier um eine 10prozentige Ausgleichszulage gegenüber den Affordarbeitern. Betriebsratsmitglied Brunner erklärte, daß der Betriebsrat schon im November bei Herrn Direktor Springer vorstellig wurde betr. der 10 Prozent, leider aber bis heute noch keine zuzugende Antwort erhielt. Ja, Herr Direktor Springer sagte Brunner gegenüber, daß die Arbeiterschaft auf dem Schwarzwald glänzende Zeiten hat. Für Herrn Springer sind es vielleicht glänzende Zeiten, aber für uns Arbeiter ist alles voll Dornen. Die Versammlung nahm folgende Resolution an und beauftragt den Betriebsrat, die Resolution der Betriebsleitung zu unterbreiten:

„Bezugnehmend auf den Antrag des Betriebsrats an die Direktion, bezüglich Bezahlung von 10 Proz. als Ausgleich gegenüber den Affordarbeitern laut Kollektivabkommen, beschloß die Hauptversammlung des Verbandes der Porzellanarbeiter nochmals mit dieser Angelegenheit und kam nach allgemeiner Aussprache zu dem Ergebnis, daß dieser Antrag, gestellt im Auftrag der großen Mehrzahl der Arbeiter des Betriebes, hochzuhalten sei. Weiter wurde beschlossen, daß diese Forderung unter Rückwirkung ab 1. Lohnperiode im Dezember, d. h. vom 25. November 1920, zu gewähren sei. Gleichzeitig ersucht die Versammlung die Direktion, diese Beschlüsse dem Aufsichtsrat unserer Firma zu unterbreiten, und bittet um gefällige Rückäußerung. Außerdem kam einstimmig zum Ausdruck, daß bei ablehnender Haltung der Schlichtungsausschuß als Entscheidungsinstanz angerufen werden soll.“

Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Bitte, im Betrieb ordentlich zu agitieren, damit der Betrieb endlich restlos organisiert sei.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 18. Heft vom 1. Band des 89. Jahrganges erschienen. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Volporteurs zum Preise von 16,25 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1,25 Mk. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Aufforderung!

Trotz allwöchentlicher öffentlicher Aufforderung fehlen immer noch die Angaben über die Beitragsveränderungen ab 1. Juli 1920 von nachgenannten Zahlstellen:

Garha, Hennigsdorf, Oberhausen, Osterode, Preßlig, Steinwiesen und Tillowitz.

Das Ersuchen an die Verwaltungen vorgenannter Zahlstellen, die Angaben umgehend einzusenden, ist bisher fruchtlos geblieben, weshalb ich mich nun an die Mitglieder obiger Zahlstellen mit der Bitte wende, nunmehr ihrerseits die Verwaltungen anzuhalten, dieser Pflicht ungehäumt nachzukommen.

Wilhelm Herden

Achtung! Isolatorendreher-Kommission!

Alle der Isolatorendreher-Kommission angeschlossenen Kollegen wollen umgehend die Adressen ihrer Vertrauensleute einsenden. Insbesondere werden die Personale der neuen Isolatorfabriken ersucht, Adressen einzusenden.

Der Jahresbeitrag pro 1919/1920 im Betrage von 0,25 Mk. pro Kopf ist ebenfalls zu entrichten.

Alle Geldsendungen und Zuschriften an

Karl Burkart

Lindenberg b. Neuhaus, Kreis Sonneberg i. Thüringen.

Bersammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Bersammlungen erwünscht.

Altkatholische. Montag, den 14. Februar, abends 7½ Uhr, bei Peters.

Annaburg. Sonnabend, den 12. Februar, abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus (Thielemann).

Limmenau. Montag, den 14. Februar, abends ¼6 Uhr, in der Rosenau.

Mürnberg. Samstag, den 12. Februar, abends 8 Uhr, Restaurant Vengensfelder, Querstraße.

Neuhaldensleben. Sonnabend, den 12. Februar, abends 8 Uhr, in Herzogs Festsälen.

Belten. Freitag, den 25. Februar, nachmittags 4¼ Uhr, bei Tübcke, Breitestr. 86.

Adressen-Änderungen.

Farge b. Bremen. Kassierer: Adolf Dittmann, Nekum, Langstraße 208.

Kloster-Beilsdorf b. Silbburghausen. Der Schriftführer heißt Hugo Meinunger, nicht Heinunger.

Rehan. Kassierer: Friedrich Strunz, wohnt Adlerstr. 560, Baugenossenschaft.

Selb. 2 Geschäftsführer und Kassierer: Hermann Böhner, Gartenstr. 35.

Quittung.

Für unser Mitglied Hermann Jehn gingen nachträglich noch ein von der Zahlstelle Golditz 10 Mk., wofür wir bestens danken.

Für die Zahlstelle Steinbach a. W.

Der Kassierer: Johann Martin.

Briefkasten.

Bersammlungsberichte aus Arnstadt, Raghütte, Oschatz, Tillowitz, Belten und Ballhausen mußten wegen Raumangel zurückgestellt werden.

Sterbetafel.

Eisenberg. Wolfgang Baner, Dreher, seit 1913 Invalide, geboren am 8. Dezember 1858 in Selb, gestorben am 20. Januar an Herzlähmung. Mitglied seit 1901.

Frankfurt a. O. Hermann Fuhr, Dreher, geboren am 11. März 1875, gestorben am 25. Januar an Lungenleiden. Mitglied seit 1919.

Gräfenhal. Gustav Franke, Former, geboren am 26. April 1875, gestorben am 17. Januar an Lungen tuberkulose. Mitglied seit 1919.

Edel ihrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Offertiere. Besser kein frankiertes Subert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Schneiderei, zarter Arbeiter auf Apothekengefäße, sowie Schilder jeder Art sucht Dauerstellung im In- oder Ausland. Suchender hat in Preußen drei gelernt und würde Stelle bevorzugen, wo er sich auf Glas-schilder mit einarbeiten könnte. Skizzen zu Diensten.

Angebote unter A. K. 3 an die „Ameise“ erbeten.

Tüchtige Freidreher und Dreher für Hoch- und Niederrheinisolatoren werden gesucht.

H. Schönborg & Söhne, Mt. Ges., Neukolln (Koblenz).

Buberlässiger Gießer, der selbständig arbeitet und auch Drehen bewandert ist, zu halb mögl. Eintritt gesucht.

Schwarzwälder Majolika-Fabrik, Baden-Dos.

Tüchtiger, unverheirateter Porzellandreher, welcher das Formen und Gießen in einer Kunsttöpferei übernimmt, zum baldigen Eintritt gesucht. Meldungen mit Lohnansprüchen an die Geschäftsstelle dieser Zeitung unter V. T. 100.

Gelernter Porzellanschleifer, 21 Jahre alt, mit allen vorkommenden Schleiferarbeiten vertraut, sucht für sofort Stellung in einer Porzellanfabrik.

Offerten unter „Schleifer“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Sofort gesucht:

Zwei perfekte Formengießer für Alford,

sowie

einen gelernten Porzellangießer.

Angebote unter C. S. 2 an die Redaktion der „Ameise“.

Tüchtige Silbermaler für dauernde Arbeit suchen
Richter & Diekmann, Bremen, Westerstr. 86

Gipsfigurenfabrik sucht tüchtigen Modelleur, der eigentliche oder religiöse Modelle verkauft und nach Zeichnungen fertigt.

Offerten mit Abbildungen, Größen und genauem Preis beten unter M. L. 103 an die Redaktion der „Ameise“.

Geschäfts-Anzeigen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Asche, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen, zähle. Darum schick alles zu

R. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen. Beste u. pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Malzrückstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.

Beste Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Bremer Qualitäts-Zigarren

mit ca. 33% Rabatt, à Stück 75, 80, 90 und 110 Pf. Versand von 50 Stk. ab in Originalkistchen. Nordh. Kautabak 15 Rollen 24,— Mk.

Cognac-Weinbrand

erstklassige Ware, 38 bis 40%, flaschenweiser Versand, à Flasche 53,— Mk. Von 2 Flaschen ab franco Nachnahme. Bei Sammelaufträgen extra Vergütung.

Universal-Versand, Hermsdorf, S.-A.

Goldschmiere, Goldplatten, Goldflaschen und alle in der Golderei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen schneller und reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.

Die billigen Schuhe für Fabrikarbeiter sind Güttenstein — Segelstuhoberteil, Lederohle u. Zwickel. — Recht vorteilhaft kauft Sie außerdem warme Schuhe u. Pantoffel f. d. Straße u. Haus, Turnschuhe. Sämtl. Lederschuhwaren in nur guten Qualität, billigst. Bei Sie illust. Preisliste gratis. Bei Sammelaufträgen entspr. Rabatt. R. Alene, Schuhversand u. Pantoffelfabrik, Weiskasser (D.-S.).

Sämtliche Pinsel für Porzellanmaler und Dreherei, sowie Drehereimesser, Hornspachteln, Holzspachteln für Druckerei, u. Pinselstiele liefert
Paul Materne, Schönwald in Oberfranken.

Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr), überhaupt alle Malzrückstände und ausgebranntes Gold kauft die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-A., Königs-Platz 17.

Die neueste Verschlechterung des Marktkurses bedingt sofortigen Schwammekauf!

Offeriere hierdurch Bymocca-Devantiner Schwämme zu 4, 10, 15, bis 40 Mk. per Stück für Dreher, Glasur, Brenner, Druckerei; Hartheadschwämme, runde Form, klein, 100 Stück 125 Mk., mittlere 100 Stück 550 Mk., mittlere Hartheadschwämme, flache Form, gepreßt, das Kilo, 80 Stück enthaltend, 200 Mk.; für Steingutfabrik große, billige, weiche Bymocca 10 bis 15 Mk. pro Stück; große Hartheadschwämme, gepreßt, das Kilo 35 bis 40 Stück enthaltend, 350 Mk. prima echte „Elephantenohren“ 850 Mk. pro Kilo. Abgabe einzelner Schwämme oder Ansichtsendungen nicht möglich.

H. Kischejha, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Brenzlanerstr.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 23